

## Münteferings Kapitalismuskritik Kapitalismus gut, Kapitalisten böse!?

Die deutsche Nation befindet sich in einer „Kapitalismusdebatte“. Nachdem es jahrzehntelang gedankliches Gemeingut war, dass es Kapitalismus spätestens seit Ludwig Erhards „sozialer Marktwirtschaft“ gar nicht mehr gibt, es sich bei der freien Marktwirtschaft vielmehr um die beste aller möglichen Wirtschaftsformen handelt, in der Wettbewerb freier Unternehmer für allgemeinen Wohlstand sorgt, äußern sich seit zwei Wochen Unternehmer, Politiker, kirchliche Würdenträger und Wirtschaftskommentatoren zur Frage, ob und wie viel „Kapitalismuskritik“ erlaubt, angemessen oder gar geboten sei. Wie konnte es dazu kommen?

Losgetreten hat das Ganze eine Rede des SPD-Parteivorsitzenden Franz Müntefering. Der Mann hat genug davon, dass das Ausbleiben des versprochenen Wirtschaftswachstums bei gleichzeitiger Belegung des Arbeitsmarktes, seiner Partei als „Versagen“ in die Schuhe geschoben wird. Schließlich tut die rot-grüne Regierung ihr Bestes, um die Geschäfte deutscher Unternehmen zu befördern. Sie senkt die Unternehmenssteuern, reformiert „Arbeitsmarkt“ und Sozialstaat, um die „Lohnnebenkosten“ abzubauen, deren Name ja schon besagen soll, dass sie eigentlich nicht zum Lohn gehören. Die Leistungen sämtlicher Sozialversicherungen werden dafür herz- bzw. hartzhaft zusammengestrichen, fast sämtliche bisherigen Sozialhilfeempfänger für arbeitsfähig erklärt und alle Arbeitsfähigen darauf verpflichtet, jeden Job zum „ortsüblichen“ Billiglohn (-20 %) anzunehmen. Den Gewerkschaften droht sie „gesetzliche Maßnahmen“ an, falls sie dem Ansinnen der Unternehmer nach „Öffnung der Tarifverträge“ zur Anpassung von Lohn und Arbeitszeit an die Gewinnerwartungen nicht ausreichend nachkommen. Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung propagiert sie als Gebot der Stunde, was – deutsche Gewerkschaften sind da sehr einsichtig – die gewünschte Wirkung zeigt und den „kurzfristigen Profitinteressen“ vielerorts sehr auf die Sprünge hilft. Weitere „Umstrukturierungen“ und „Reformen“ sind in Arbeit, das Diätprogramm zur „Verschlankung des Staates“ ist in vollem Gange. Da muss sich die Regierung den Vorwurf aus dem Unternehmerlager, sie sei „reformmüde“, hielte immer noch viel zu sehr am überkommenen Sozialstaat fest und verhindere mit unnötiger Bürokratie den Aufschwung, nicht gefallen lassen. Findet jedenfalls Müntefering und weist sein Wahlvolk darauf hin, dass die Schuldigen für das Ausbleiben des angestrebten Wirtschaftserfolgs ganz woanders sitzen:

„So positiv die Idee und noch mehr der Begriff der Demokratie belegt ist, so schwer tut sich das Land mit dem Staat.“

Mancher putzt sich gerne die Füße an ihm ab und macht ihn zum Synonym für eine Krake und für Bonzen, für Bürokratie und für Unfähigkeit.

... Sie fordern den schlanken Staat und wären doch nicht böse, wenn er verhungerte. Ja sie legen es darauf an. ...

Der Sozialstaat ist nicht entbehrlich. ...

Wir wissen, dass es ein Spannungsverhältnis zwischen staatlicher und gesellschaftlicher Politik einerseits und den ungehemmten Regeln des Marktes andererseits gibt. Diese Spannung gilt es auszuhalten und produktiv zu nutzen.

Deswegen wollen wir soziale Marktwirtschaft und nicht Marktwirtschaft pur. ...

Unsere Kritik gilt der international wachsenden Macht des Kapitals und der totalen Ökonomisierung eines kurzatmigen Profit-Handelns.

*Denn dadurch geraten einzelne Menschen und die Zukunftsfähigkeit ganzer Unternehmen und Regionen aus dem Blick. Und die Handlungsfähigkeit des Staates wird rücksichtslos reduziert. Im Ergebnis wird damit die Reputation des Staates bei seinen BürgerInnen dramatisch belastet, weil er nicht mehr in der Lage ist, die von ihm erwartete Interessenwahrung hinreichend zu leisten.“* (Rede vom 13.04.2005)

Die Öffentlichkeit erschauert. Obwohl deutlich ersichtlich ist, dass es dem Redner um die „Zukunftsfähigkeit“ des deutschen Wirtschaftsstandorts mit seinen Unter- und Arbeitnehmern geht und um das Ansehen seiner Regierung bei den Wählern, hört sie im ersten Moment nur eines: Kapitalistenschelte. Das, so erste Kommentare, gehört sich nicht und bringt dem Redner und seinem Verein den Vorwurf ein, die Lehren des alten Marx aus der Mottenkiste ziehen zu wollen. Das Wort „hemmen“ im Zusammenhang mit den „Regeln des Marktes“ in den Mund zu nehmen, die „Macht des Kapitals“ nicht umstandslos mit dem Wohl des Staates und den Interessen seiner Bürger in eins zu setzen, das gehört sich nicht und unterliegt – da muss man Marx nicht gelesen haben – dem Kommunismusverdacht.

Auf diese Anwürfe setzt Müntefering noch eins drauf. In einer erläuternden Stellungnahme zu seiner Rede bekräftigt er seinen Vorwurf: Schuld an Standortschwäche und Arbeitslosigkeit seien profitgierige Raubtier-Kapitalisten. Beispielhaft führt er den Chef der deutschen Bank Ackermann an, bei dem, so der Vorwurf, die Unternehmensethik nicht mehr stimme, „wenn er eine Eigenkapitalrendite von 25 % zum Ziel erklärt und bei gewachsenen Gewinnen am selben Tag (!) ankündigt, 6400 Menschen zu entlassen. So etwas deprimiert die Menschen und raubt ihnen das Vertrauen in die Demokratie.“

Berechtigte Profitinteressen erkennt der SPD-Chef ausdrücklich an, und dass Renditen von mehr als 24 % grundsätzlich unethisch seien und Entlassungen entgegenstünden, ist nicht gemeint. Aber dass Kapitalbesitzer die moralische Aufgabe haben, die Menschen nicht nur zu entlassen, sondern für ihren Profit zu benutzen, das möchte er doch mal gesagt haben. Das ist zwar ökonomischer Unsinn, denn mehr Arbeitsleistung aus weniger Beschäftigten herauszuholen, steigert den Gewinn, und den Gewinn zu maximieren, ist die „Verantwortung“ eines jeden Unternehmers, dem seine Konkurrenzfähigkeit am Herzen liegt. Seinem Wahlvolk mutet Müntefering aber genau diesen Unsinn zu: Er tut so, als gebe es eine moralische Grenze, an der anständige Unternehmer verpflichtet seien, das Billigangebot, das gute deutsche Politiker ihnen mit der Zurichtung von Land und Leuten machen, auch anzunehmen. Und wenn sie es nicht tun, dann verdienen sie den Vorwurf, vaterlandslose Gesellen zu sein. Internationale Finanzakteure fallen „wie Heuschreckenschwärme“ über brave Unternehmen her und vernichten anständiges Geschäft und die von ihm abhängigen Arbeitsplätze. Wenn Unternehmer die erbrachten Vorleistungen von Staat und Arbeitnehmern nicht fürs Investieren und Geschäftemachen nutzen, wenn sie nicht beim Gewinnemachen deutsche Arbeitskräfte beschäftigen und in Deutschland Steuern zahlen, dann versäumen sie ihre „Bringschuld“ und verdienen die Kritik aller guten Deutschen. Mit der Anmahnung einer „Schuld“, die die Unternehmer zu „bringen“ hätten, stellt Müntefering

Fortsetzung Seite 2, Spalte 1

### Inhalt

- Münteferings Kapitalismuskritik
- Das Gesundheitssystem - gestern, heute, morgen
- Mai-Kundgebungen
- Die zehn dummen Fragen der Philosophie (Teil II)

### GEGENSTANDPUNKT Politische Vierteljahresschrift

### Vortrag mit Diskussion

## HABEMUS PAPAM!

### Vom Bedürfnis der aufgeklärten Demokratie nach dem religiösen Wahn

Da stirbt der Oberpriester einer Religionsgemeinschaft, die glaubt, ein vor 2000 Jahren hingerichteter Wanderprediger sei ein Gott gewesen, der jetzt im Himmel sitzt und seine Anhänger bis auf den heutigen Tag begleitet und bewacht und stärkt. Nach dem Tod ihres alten Chefs wählen die Häuptlinge der Priesterschaft einen neuen. Das ist kein Wunder. Eher verwunderlich ist der Rummel, den der Rest der Welt darum macht: Wochenlang sind alle Fernsehkanäle mit der Inszenierung eines öffentlichen Sterbens verstopft, alle sonstigen Hauptmeldungen fallen unter „ferner liegen“. Die Staatschefs aller imperialistischen Großmächte loben „Leistungsleistung“ und „Charisma“ des toten Kirchenfürsten in den höchsten Tönen und finden die Zeit, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Dazu findet sich auch genug katholisches und nichtkatholisches Volk, das sich religiöser Verzückung hingibt, oder jedenfalls weiß, was es den überall in Rom präsenten Fernsehkameras schuldig ist: Moderne freie Bürger weinen, zeigen alle Zeichen von Verzweiflung angesichts der Todesmeldung, schreien und klagen bei der Totenmesse, und applaudieren – wie bei einer gelungenen Inszenierung – dem Holzarg, sobald er an ihnen vorübergetragen wird. Eine gute Woche später wird den Gläubigen auf dem Petersplatz der neue Chef präsentiert, und wieder „wissen die Menschen vor Freude nicht mehr, was sie tun sollen“ (ARD life 19.4.) Sie lachen, weinen, tanzen, schwenken Nationalflaggen – noch länger hätten sie die Sedisvakanz nicht ausgehalten. Ein Leben ohne Papst ist ja wirklich nicht lebenswert.



Nach all dem wollen wir nichts mehr davon hören, dass ein angeblich modernes Abendland den zurückgebliebenen Moslems die „Aufklärung“ voraus hätte. Auch hier ist die Welt religiöser Einbildungen, der dazugehörige Zauber und das Außer-Sich-Sein weder ausgestorben noch bloße Privatsache, die man den alten Weiblein und Unverbesserlichen überlässt. Die Spitzen des freiheitlichen Staates selbst dokumentieren dieser Tage ihr großes Interesse an den Leistungen der Gottesmänner: Es ist für die Mächtigen wichtig, dass die Nicht-Mächtigen an einen Herrn im Himmel glauben, von dem sie Gebote und Führung annehmen. Von der berühmten Trennung zwischen Staat und Religion, die „wir“ angeblich haben und die Moslems nicht, ist jedenfalls nichts zu merken. Auch von Seiten der Religion her nicht: Es ist der Kernvorwurf gegen islamische Fundamentalisten, dass sie sich aus religiösen Überzeugungen heraus anmaßen, Politik zu machen und Staaten zu unterminieren; beim verstorbenen polnischen Papst zählt genau das zu seinen größten Leistungen: Man hält ihm zugute, beim Sturz der kommunistischen Staaten Osteuropas kräftig mitgeholfen zu haben. „Unser“ Fundamentalismus ist gut, gefährlich ist der andere!

Der Vortrag soll klären, was moralische Werte, was sinnhafte Orientierungen sind, was der christliche Glaube dazu beiträgt – und warum die politische Ordnung, die den Bürgern Freiheit und den „pursuit of happiness“ verordnet, ohne solchen Kram nicht auskommt.

**Am Dienstag, 10. Mai 2005, 19 Uhr  
in der Neuen Aula, Hörsaal 2  
Wilhelmstr. 7, Tübingen**

**Auch in Freiburg:**

**11. Mai 2005, 20 Uhr, Jos Fritz Café Freiburg**

#### Impressum:

VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES MARXISTISCHEN PRESSEWESENS E.V.  
Böblinger Str. 135; 70199 Stuttgart; Tel.: 0711/6151772; V. i. S. d. P.: Theo Wentzke  
www.gegenstandpunkt.com; www.politischebildung.net (Freiburg)  
www.gegenstandpunkt-s.de; Kontakt: versus.tuebingen@gmx.de  
Druck: Deile GmbH

fering klar, dass er sich zur Abhängigkeit der gesamten Nation von den Herren der freien Wirtschaft bekennt; dass er also alles andere im Sinn hat als bei denen, die von Arbeit immer weniger leben können, weil sie entweder keine kriegten oder vom Lohn dafür immer schlechter leben können, Zweifel in ihre Abhängigkeit von den Gewinnkalkulationen der Kapitalisten zu säen.

Die Öffentlichkeit merkt auf und wird nachdenklich. Bis auf wenige marktwirtschaftliche Wadelbeißer von der Financial Times Deutschland oder der FDP, kommt Verständnis auf. Dass von „Rücknahme der Reformen“ oder sonstiger realer Einschränkung der ruinösen Auswirkungen unternehmerischer Geschäftstätigkeit auf den Lebensunterhalt der Beschäftigten und Rausgeschmissenen nicht die Rede ist, kapiert jeder. Und dass das nationale Fortkommen und die zuverlässige Botmäßigkeit der lohnabhängigen Bevölkerung ehrenwerte Anliegen sind, wird allenthalben genauso gesehen. Und schon mehren sich die Stimmen, die der Idee von der moralischen und/oder patriotischen „Verpflichtung“ der Unternehmer etwas abgewinnen können.

Müntefering habe „nicht den Kapitalismus an sich, sondern das Fehlverhalten von Menschen kritisiert“, stellt ein katholischer Erzbischof aus Berlin fest und äußert Verständnis für das Anliegen, dass „die Marktwirtschaft sozial ist“. Ähnliche Stimmen ertönen aus dem Unternehmerlager und der CDU. Und auch

das Volk nickt, glaubt man den Umfragen, mit dem Kopf: Wie hat es unser Kanzler doch so schön formuliert? Wenn der kleine Mann seine „patriotische Pflicht“ tut, indem er sich mit den ihm aufgemachten Not- und Zwangslagen abfindet, dann hat er doch wohl Anspruch darauf, dass Patrioten auf der Unternehmenseite ihre „Pflicht“ tun und ihn für ihr Geschäft benutzen. Oder wenigstens darauf, dass seine Regierung diesen Hinweis veröffentlicht.

Denn die Pflicht des Unternehmers buchstabiert sich ja etwas anders als die seiner „Mitarbeiter“. Die besteht ausschließlich darin, die Freiheiten, die ihm die Politik verschafft, mehr Gewinn aus der Benutzung seiner Mannschaft zu schlagen, kräftig zu nutzen, und die Verschlechterung der Lebenslage der arbeitenden Bevölkerung gilt weiterhin als das Mittel dafür – schon wegen der „Billigkonkurrenz“ aus dem Ausland. Aber diese Pflicht zum Gewinnemachen für deutsche Weltmarkterfolge als ein Recht auf Ausbeutung der abhängigen Manövrierarmee vorzuführen, damit will er den Gerechtigkeitssinn des deutschen Arbeitmannes bedienen – und vielleicht hindert das so manchen guten Deutschen daran, seine Unzufriedenheit in ein Wahlkreuz für falsche nationale Alternativen umzumünzen. Wenn die menschliche Nationalressource Deutschlands seine „Kapitalistenschelte“ mit Wählerstimmen belohnt, dann hat Müntefering das, worauf es ihm ankommt: ein weiteres Mandat für seine Partei – für weitere „Reformen“ im Rahmen der „Agenda 2010“.

deutschen Handelsbilanzüberschuss, und die durch kassenrechtliche Bestimmungen festgelegten Honorare für zu erbringende medizinische Leistungen haben Jahrzehntlang den „freiberuflichen“ Ärztestand zu einem Club von Spitzenverdienern gemacht

So hatte bisher jeder das Seine: die Arbeitnehmer zahlten die Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit selber und blieben der nationalen Wirtschaft als Arbeitskräfte erhalten; und sie finanzierten damit gleichzeitig das Geschäft eines Wirtschaftsbereichs, dessen Wachstum einem kapitalistischen Staat allemal zur Freude gereicht. Für steigende Nachfrage nach den Leistungen und Produkten dieses Wirtschaftszweigs sorgten die marktwirtschaftlichen Lebens- und Arbeitsumstände ganz von selbst. Die steigenden Kosten für die medizinischen Leistungen wurden dem nationalen Gesamtlohn aufgebürdet, denn die gesetzlichen Krankenkassen konnten bei Bedarf die Beitragssätze erhöhen und so die

men der Standortsanierung nach umfassender Lohnsenkung rufen, als grundsätzliches Übel. Deshalb wurde und wird das Gesundheitswesen „reformiert“: „Reform“ bedeutet seit Jahren, dass Maßnahmen, die früher als „medizinisch notwendig“ definiert und deshalb Kassenleistungen waren, teilweise oder ganz aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) gestrichen werden. Das begann mit privaten Zuzahlungen für Zahnersatz und Medikamente und hört mit Mehrkostenregelung für zahnärztliche Leistungen, Krankenhaus-Praxis- und Apothekengebühr noch lange nicht auf. Auch wenn Gesundheitspolitiker und Krankenkassen immer noch die Behauptung aufrecht erhalten, dass eine „ausreichende“ Versorgung der GKV-Versicherten gewährleistet sei, so ist doch mit dem Streichkonzert der Maßstab des medizinisch Notwendigen zugunsten der Kostenersparnis an vielen Stellen verlassen worden. Brillen, Zahnbehandlung und regelmäßige Medikamenteneinnahme haben diejenigen, die sie brauchen, ganz oder

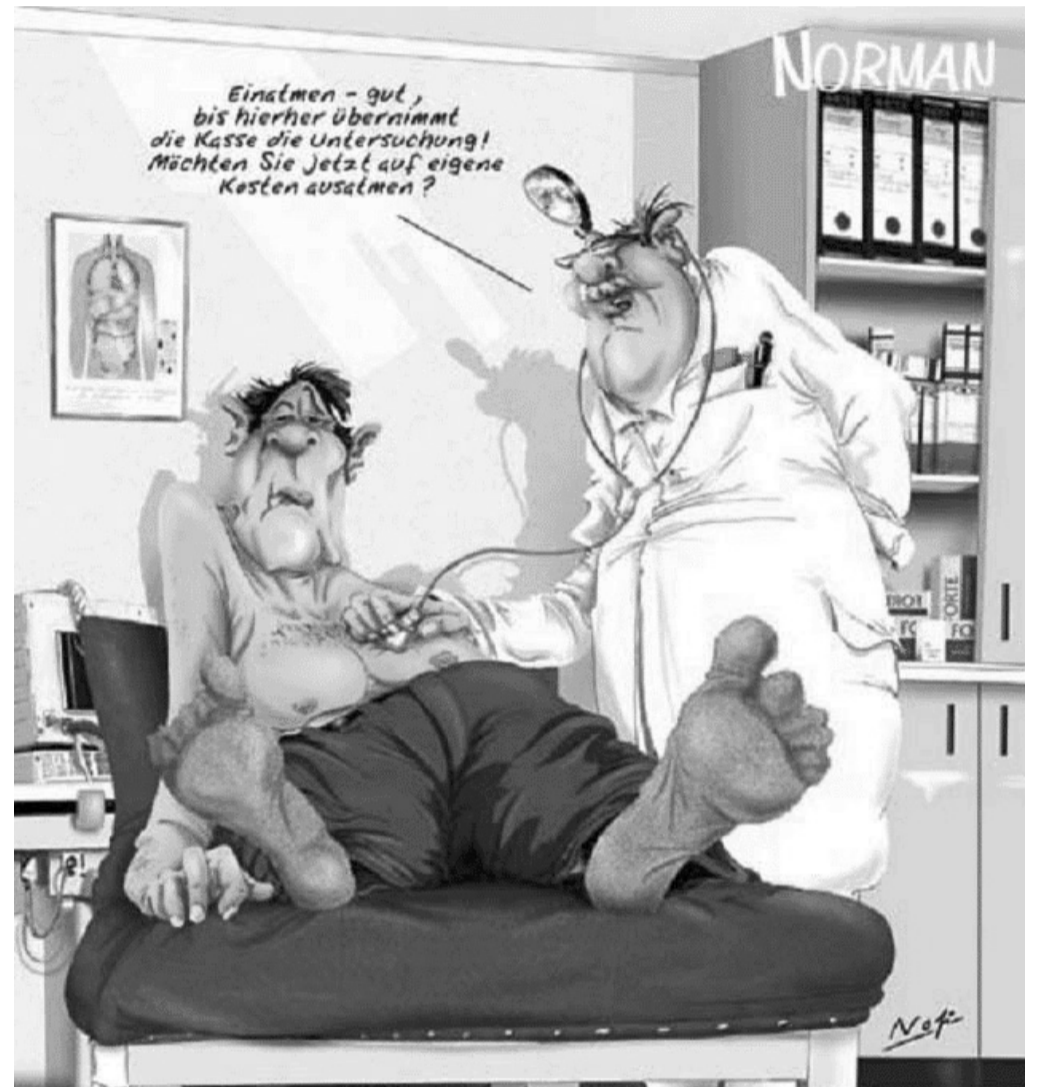
## Das Gesundheitssystem - gestern, heute, morgen: Gesundheit ist (zu) teuer Gesundheit – wer sie braucht kann sie sich nicht leisten

Wer in unserer „modernen Leistungsgesellschaft“ krank wird, hat gleich mehrere Probleme, v. a. dann, wenn er zur breiten Schicht der „Bezieher geringer und mittlerer Einkommen“ gehört. Ein derartiges Einkommen erzielt man nämlich in aller Regel dadurch, dass man sich als Dienstleister oder Arbeitskraft bei einem Betrieb verdingt und die am zugewiesenen Arbeitsplatz geforderte Leistung erbringt. Wie viel von welcher Leistung zu erbringen ist, entscheidet der Betrieb, und da es dem auf geschäftlichen Erfolg ankommt, ist für ihn ein hohes Leistungsniveau gut und ein höheres noch besser. Das ist einerseits für die Arbeitsplatzinhaber nur zu schaffen, wenn sie bei passabler Gesundheit sind und andererseits ihrer Gesundheit abträglich. Im Krankheitsfall verlieren sie nicht nur die körperliche Voraussetzung für allerlei mehr oder weniger vergnügliche private Betätigung, sie verlieren mit ihrer Arbeitsfähigkeit auch und vor allem früher oder später ihren Arbeitsplatz und damit ihr Einkommen und ihre Existenzgrundlage. Wiederherstellung der Gesundheit oder zumindest Linderung der Erkrankung mag medizinisch in vielen Fällen möglich sein, kostet aber Geld, im Falle schwerer oder chronischer Erkrankung sehr viel Geld. Von einem normalen = geringen Einkommen lässt sich das für den Einzelnen nicht finanzieren. Die Spirale Armut – Lohnarbeit - Krankheit – trotzdem Arbeit – noch mehr Krankheit - Arbeitsplatzverlust – noch mehr Armut gehört zu den zahlreichen ganz normalen Schönheiten dieses Wirtschaftssystems.

### Die gesetzliche Krankenversicherung sorgt für das Geschäft mit der „Volksgesundheit“

Wie in den meisten erfolgreichen kapitalistischen Staaten hat sich auch hierzulande der Staat dieses Problems angenommen. So gesund, dass sie die am Arbeitsplatz abverlangte Leistung einigermaßen verlässlich erbringen kann, und damit dem nationalen Wirtschaftserfolg zu Diensten ist, hätte er seine Durchschnittsbevölkerung nämlich schon gern. Also macht er das, was dem einzelnen Geringverdiener im Krankheitsfall nicht möglich ist, dadurch möglich, dass er alle Geringverdiener – kranke und gesunde - zusammenfasst. Wer

weniger als ein gesetzlich definiertes Mindesteinkommen verdient – das ist die breite Masse der Bevölkerung –, wird verpflichtet einen Prozentsatz jedes Monatseinkommens in eine gesetzliche Krankenkasse einzuzahlen. Wohlweislich überlässt er das Einzahlen nicht dem freien Willen der Arbeitenden. Angesichts der geringen Höhe ihres Verdienstes und der Kosten für die damit zu bestreitenden Lebensnotwendigkeiten wüssten die, solange gesund, immer andere Dringlichkeiten, für die sie das Geld brauchen würden. Dessen ist sich der Staat realistischerweise so sicher, dass er die Krankenkassenbeiträge gar nicht erst in die Hände der Pflichtversicherten gelangen lässt, sondern sie gleich an der Quelle, also im Lohnbüro, einbehält. Durch ständigen Abzug von allen Löhnen und Gehältern wird eine Kasse gefüllt, aus der Behandlungskosten für erkrankte Lohnempfänger bezahlt werden, die diese von ihrem individuellen Verdienst niemals tragen könnten. Dieses einkommensspezifische Zwangssparen sorgt dafür, dass die Krankheitskosten aller Angehörigen der arbeitenden Klasse – Kinder, Alte und hausarbeitende Ehegatten, Arbeitslose und Arbeitsunfähige inklusive - allein vom Lohn, der den Angehörigen der arbeitenden Klasse ausgezahlt wird, getragen werden können und müssen. So etwas zu organisieren macht – unter anderem – das „Soziale“ an unserem Staatswesen aus. Im Sozialstaat gibt es nämlich Gesundheit, auch für Arme, nicht umsonst. Vielmehr sammelt eine staatlicherseits geschaffene Administration die millionenfach eingezogenen Beiträge zu milliardenschwerer Kaufkraft, die das Geschäft von „Gesundheitsindustrie“ und „-anbietern“ bedient. Frei von der individuellen Zahlungs(un)fähigkeit und dem daraus resultierenden Zahlungs(un)willen der Kleinverdiener können Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller, Krankenhäuser, Apotheker, Ärzte und sonstige Gesundheitsdienstleister ihre Produkte und ihre Tätigkeit verkaufen und aus dem großen Topf der gesetzlichen Kassen bezahlen lassen. Das schafft einen „Gesundheitsmarkt“, der in dieser Größe ohne gesetzliches Kassenwesen nicht existieren würde, und an und in dem – wie jeder weiß – nicht schlecht verdient wird. Die pharmazeutische und medizinisch technische Industrie stellt einen bedeutenden Wirtschaftszweig dar und liefert einen ansehnlichen Beitrag zum



Unendliche Gesundheitsreform: ab 2002 wird eine weitere Reduzierung von Kassenleistungen erwogen

Zahlungsfähigkeit, auf die der Wachstumsmarkt Gesundheit zugriff, sicherstellen. Der Bedarf die Beiträge zu erhöhen stieg um so mehr, je mehr die Gesamtlohnsumme sank. Das tat sie, weil deutsche Unternehmen sich „weltmarktauglich“ machen, indem sie ihren Gewinn durch Entlassungen und Lohnsenkungen erhöhen. Deshalb mussten immer weniger Beitragszahler mit immer geringerem Einkommen immer höhere Lohnabzüge hinnehmen, um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu tragen.

### Das Gesundheitssystem wird kostengedämpft

Seit einiger Zeit gilt der Politik das ständige Steigen der Krankenkassenbeiträge als Problem. Nicht so sehr als eines der Pflichtversicherten, von deren Einkommen sie abgezogen werden, sondern als eines der nationalen Volkswirtschaft. Das hat seine Ursache in der Art und Weise, wie die Kassenbeiträge vom Lohn abgezogen werden. Während die eine Beitragshälfte („Arbeitnehmeranteil“) als Abzug vom Bruttolohn ausgewiesen wird, firmiert die andere Hälfte unter dem Titel „Arbeitgeberanteil“ als Aufschlag auf die „Brutto“lohnsumme. Das ändert zwar nichts daran, dass beides zusammen den Prozentsatz ausmacht, der vom verdienten Gesamtlohn (also dem wirklichen Bruttolohn) an die Krankenversicherung abgeführt werden muss, führt aber dazu, dass sich steigende Versicherungsbeiträge zur Hälfte als Steigerung des Gesamtlohns auswirken. Und das gilt in Zeiten, in denen Wirtschaft und Politik im Na-

teilweise aus dem Nettolohn zu bezahlen. Wenn Niedriglohn, Rente oder Arbeitslosengeld das nicht hergeben, haben sie Pech gehabt. Und dass Arztbesuche unterbleiben, um die Praxisgebühr zu sparen, war der Zweck dieser Erfindung. „Fallpauschalen“ limitieren die Kosten pro Erkrankung und Krankenhausaufenthalt. Auf „wirtschaftliche Betriebsführung“ bedachte Krankenhäuser reagieren darauf mit gezielter Bettenbelegungspolitik, Kürzung der Behandlungszeit pro „Fall“ und Personalabbau, was der Qualität der Patientenbetreuung wenig förderlich ist. Sogar die Honorare von Ärzten und Zahnärzten wurden mit einer summarischen Obergrenze versehen, da die Krankenkassen hierfür inzwischen einen festen Jahresgesamtbetrag zur Verfügung stellen, mit dem, unabhängig von ihrer Menge, sämtliche ärztlichen Leistungen abgegolten sind. Damit führt eine steigende Patientenzahl nicht mehr automatisch zu steigendem Arzteinkommen. Standes- und einkommensbewusste Ärztevertreter rufen deshalb nach grundlegenden Reformen, die es ihnen ermöglichen, mehr bei den Patienten direkt abzukassieren. Der Ruf verhallt nicht ungehört.

### Systemwechsel im Gesundheitswesen

Dass die jüngste Reform der GKV trotz erheblich vermehrter finanzieller Belastung der Patienten „unzureichend“ ist, darüber sind sich alle politischen Parteien einig. „Drastische Reformen sind unvermeidlich!“ ( C.C.

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1

v. Weizsäcker, Studium Generale, Tübingen 19.01.2005) Mit „drastisch“ ist hier nicht weitere Kostendämpfung gemeint, sondern eine grundsätzliche Umstellung der Finanzierung des Gesundheitssystems, die die Geldbeschaffung für ein gesundes Geschäft mit den Kranken „auf Dauer von Löhnen und Arbeitskosten abkoppelt“ (B. Rürup, Regierungsberater). „Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ heißen die Alternativen, die quer durch die Parteien Befürworter und Gegner finden. Die Bürgerversicherung soll dem Gesundheitswesen neue Finanzierungsquellen jenseits der Löhne erschließen, indem sie jedes Einkommen zu einem bestimmten Prozentsatz beitragspflichtig macht. Allein schon die Methode, mehr Beitragszahler zu requirieren, von der Art des Einkommens bei der Verpflichtung zur Beitragszahlung abzusehen und Lohn- und Zinseinkommen ebenso wie die Dienstbezüge von Beamten gleichermaßen einzubeziehen, würde, so die Hoffnung der Reformen, dafür sorgen, dass der Lohn nicht mehr im gleichen Maße wie bisher durch steigende Beiträge „getrieben“ würde. Man setzt darauf, dass die zwangsweise ausgehobenen Neumitglieder der Bürgerversicherung mit überdurchschnittlich hohen – weil ja einkommensabhängigen – Beiträgen und klassenbedingt unterdurchschnittlichem Krankheitsrisiko „innerhalb der Versicherung“ ihren erzwungenen Solidarbeitrag zur Mäßigung des nationalen Lohnkosten-Niveaus und zur Finanzierung des Gesundheitssektors abliefern würden. Noch mehr „Abkopplung“ der Geldbeschaffung vom Lohn strebt der Ergänzungsvorschlag an, den Arbeitgeberanteil „einzufrieren“ und Erhöhungen der Versicherungsbeiträge ausschließlich zu Lasten der Versicherten vorzunehmen.

Die Kopfpauschale, irreführenderweise von ihren Propagandisten auch Gesundheitsprämie genannt, ist eine von jedem Versicherten einkommensunabhängig zu entrichtende feste Monatsprämie. Der Arbeitgeberbeitrag wird den Lohnempfängern als zu versteuerndes Einkommen ausbezahlt. Und weil man genau weiß, dass die zahlreichen „Geringverdiener“ die für den Anfang geplanten 210 € nicht zahlen können, werden steuerfinanzierte Zuschüsse diskutiert.

„Kopfpauschale“ und „Bürgerversicherung“ bemühen sich also erkennbar um ein gemeinsames materielles Ziel: Durch Absehen von der Art, und bei den Kopfpauschalierern auch noch von der Höhe der Einkünfte, soll der Lohn als Kostenfaktor für die Unternehmen aus der Haftung für das Wachstum von Kosten im Gesundheitswesen entlassen werden - um ihm zugleich, soweit er Lebensunterhalt der Lohnempfänger ist, weiterhin die nötigen finanziellen Mittel für die Branche abzupressen. Beide Modelle stoßen da auf das Phänomen, das der ganzen Reformerei als Ausgangspunkt zu Grunde liegt: dass der Gesamtlohn

am Wirtschaftsstandort Deutschland ständig gedrückt wird, stellt in zunehmendem Ausmaß eine Schranke für die Finanzierung medizinischer Geschäftsgelegenheiten dar. Die Bürgerversicherer schlagen sich damit herum, dass die besserverdienenden „Leistungsträger“ der Nation nicht mit ungebührlich hohen Krankenversicherungsbeiträgen belastet werden sollen, und die Gesundheitsprämierer wollen die Steuerzuschüsse für die Kopfprämien der Armen nicht zu hoch werden lassen. Beide Modelle führen deshalb zur Konsequenz, die Gesundheitsleistungen in der Sozialversicherung auf das Niveau einer Grundversorgung zu reduzieren, die eben nicht mehr alle medizinischen Erfordernisse abdeckt, und den nicht abgedeckten Teil dieser Erfordernisse der Kaufkraft des privaten Geldbeutels zu überlassen. Das stößt auf Zuspruch bei einigen ärztlichen und zahnärztlichen Verbänden, die sich durch den kasnenrechtlich festgelegten Preiskatalog für ihre Leistungen schon immer „gegängelt“ fühlten und sich von freierer Preisgestaltung ein besseres Geschäft mit der Krankheit versprechen. Es provoziert aber auch Widerstand bei den „Leistungserbringern“, die in der Kürzung bei den beitragsfinanzierten Gesundheitsleistungen eine Einschränkung ihres Geschäftsfelds sehen und sich nicht „kaputtsparen“ lassen wollen. Private Krankenversicherungsunternehmen sehen einerseits ihre Kapitalvermehrung durch eine „gleichmacherische Staatsmedizin“ bedroht, die ihnen den exklusiven Zugriff auf ihre wohlhabende Klientel entzieht. Andererseits tun sich ihnen mit dem absehbaren Bedarf an Zusatzversicherungen bei den Normalverdienern neue Geschäftsmöglichkeiten auf. Den politischen Reformern des sozialen Versicherungswesens sind nämlich die widerstreitenden Gesichtspunkte ihrer Tätigkeit wohlvertraut. Die bewährte Technik, den Lebensunterhalt der Versicherten per Zwang zur Zusatzversicherung in die Pflicht zu nehmen, ist deshalb fester Bestandteil der Reformtätigkeit. Und da, wo die Übernahme der Kosten dem Willen der Kranken überlassen bleibt, erfordert die Streichung von GKV-Leistungen sachverständiges Unterscheidungsvermögen. Auf den motivierenden Leidensdruck, den die Krankheit erzeugt, kann man sich zwar verlassen, auf den beschränkten Geldbeutel der Kranken aber eben auch. Also wird mit „Positiv“- oder „Negativlisten“ für Arzneien, die volkswirtschaftlich wichtigen Firmen schaden könnten, eher vorsichtig umgegangen. Dort, wo die öffentlichen Kassen direkt als Zahler gefragt sind, etwa bei Krankenhausbau, -ausstattung und, vor allem, -personal zeigen Politiker dafür häufig entschiedenen Sparwillen.

Die Heilung der „sozial Schwachen“ als sozialstaatliche Aufgabe, ist weitgehend Schnee von gestern. Heute steht die „Heilung des Gesundheitssystems“ an, damit morgen die bürgerliche Freiheit, (nur) das zu kriegen, was man sich leisten kann, auch auf dem medizinischen Sektor Wirklichkeit werden kann.

Kostenfaktor eine Würde hat, soll alles ungeschehen machen und heilen, was an Armut, Belastung und Existenzunsicherheit mit der Rolle des Kostenfaktors notwendigerweise einhergeht. Es stimmt ja: Der Staat schützt die Würde auch des Lohnarbeiters. Auch der ist eine Rechtsperson. Auch mit ihm dürfen die wirtschaftlich Mächtigen *nicht alles* machen: Sie dürfen ihn nicht umbringen, einsperren, foltern und – nicht *mehr* ausbeuten als es die liberalen Gesetze dieses Landes vorsehen. Aber was hilft denn die Vorschrift, dass der Unternehmer mit seinen Arbeitskräften *nicht alles* machen darf, gegen alles das, was er nach Recht und Gesetz mit ihnen machen darf?

3.

Nichts – und das wissen die Autoren des Mai-Aufrufs selbst ganz genau, und die Verantwortlichen in den Gewerkschaften handeln in ihrer alltäglichen Praxis danach. Sie lassen

sich dazu herbei, auf Unternehmens- und Betriebsebene jede Menge Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen abzuschließen, in denen sie den Forderungen der Unternehmer nach Lohnkürzungen, nach Verlängerung der Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich, nach Überstunden und Wochenendarbeit ohne Zuschläge, nach immer größerer Freiheit beim Umgang mit Arbeitszeitkonten usw. zustimmen, um so die Arbeitsplätze zu „garantieren“ – bis zur nächsten Entlassungswelle. Wer „einsieht“, dass die Erhöhung der Gewinne wichtiger ist als die Sicherung von Lohn und Arbeitsbedingungen; wer eine Lohnsenkung nach der anderen unterschreibt oder hinnimmt; wer die Verbesserung des „Standorts Deutschland“ für wichtiger hält als die Sicherung seiner eigenen Lage, der kann sich zum Trost zum nutzlosen Fetisch seiner Würde bekennen. Na dann: Heraus zum 1. Mai!

GEGENSTANDSPUNKT & Diskussion

Habemus Papam!

Vom Bedürfnis der aufgeklärten Demokratie nach dem religiösen Wahn Da stirbt der Oberpriester einer Religionsgemeinschaft, die glaubt, ein vor 2000 Jahren hinge richteter Wanderprediger sei ein Gott gewesen, der jetzt im Himmel sitzt und seine Anhänger bis auf den heutigen Tag begleitet und bewacht und stärkt. Nach dem Tod ihres alten Chefs wählen die Häuptlinge der Priesterschaft einen neuen. Das ist kein Wunder. Verwunderlich ist der Rummel, den der Rest der Welt darum macht: Wochenlang sind alle Fernsehkanäle mit der Inszenierung eines öffentlichen Sterbens verstopft, alle sonstigen Hauptmeldungen fallen unter „ferner liefen“. Die Staatschefs aller imperialistischen Großmächte loben „Lebensleistung“ und „Charisma“ des toten Kirchenfürsten in den höchsten Tönen und finden die Zeit, ihm die letzte Ehre zu erweisen. Von der berühmten Trennung zwischen dem säkularen Staat und der Religion, die „wir“ angeblich haben und die Moslems nicht, ist wenig zu merken. So dokumentieren die Mächtigen ihr großes Interesse an den Leistungen der Gottesmänner: Es ist für sie wichtig, dass die Nicht-Mächtigen an einen Herrn im Himmel glauben, von dem sie Gebote und Führung annehmen. Der Vortrag soll klären, was moralische Werte, was sinnhafte Orientierungen sind, die „wir“ wieder vermehrt brauchen. Was der christliche Glaube dazu beiträgt. Und warum die politische Ordnung, die den Bürgern Freiheit und den „pursuit of happiness“ verordnet, ohne solchen Kram nicht auskommt, einen Glauben, den man übrigens aufgeklärt auch ganz diesseitig ausdrücken kann: „Du hast Würde. Zeig sie!“

Donnerstag, 12. Mai 2005, 19 Uhr  
Altes Feuerwehrhaus Stuttgart-Süd, Möhringer Str. 56

**Die zehn dummen Fragen der Philosophie und die Antwort auf die Frage: Was ist Philosophie?**

In der Philosophie werden Fragen für wichtiger erachtet als deren Beantwortung. Auf Wissen zielen die Fragen der Philosophen also nicht. Nicht nur, dass sie in dem nunmehr über 2000 Jahre währenden „Diskurs“, als den sie ihre Disziplin vorstellen, keine einzige ihrer Fragen abgehakt haben: Sie warnen sogar vor dem Bedürfnis nach Wissen. Wenigstens die Philosophen scheinen sich an diese Warnung gehalten zu haben: Die heutigen Lehrer dieser Disziplin wissen in der Tat nichts mehr. Das macht aber nichts. Die Fragen, die sie in philosophischen Vorlesungen und Seminaren vorlegen, sind nämlich schon die fertigen Antworten, die ihre Liebe zur Weisheit hervorbringt. Und zwar Antworten, die für sie außer Frage stehen.

Teil I:

1. Transzendentalphilosophie: Was ist die „Bedingung der Möglichkeit“ von ...?
2. Erkenntnistheorie: Was kann ich wissen?
3. Sprachphilosophie: Was darf ich sagen?

Teil II:

4. Ontologie: Was ist das Sein?
5. Geschichtsphilosophie: Was darf ich hoffen?
6. Naturphilosophie: Die Frage „Wozu?“
7. Moralphilosophie: Was sollen wir tun?

Teil III:

8. Existenzialismus: Die Schuldfrage
9. Dialektische Philosophie: Was darf ich kritisieren?
10. Anthropologie: Was ist der Mensch?

**Teil II:**

**4. Ontologie  
Was ist das Sein?**

„Was ist ...?“-Fragen sind in der Philosophie ganz unüblich. Kaum hat sie sich einmal zu einer solchen Frage durchgerungen, ist der Gegenstand, nach dessen Beschaffenheit sie fragt, prompt ein einziger Fehler: Das Sein als solches, „reines Sein“, ist die widersprüchliche Fiktion eines Gegenstands, dessen Eigenschaft darin bestehen soll, keine zu haben, einer unbestimmten Existenz, über die daher auch nichts gewusst werden kann.

Dieses Un-Ding erheben seriöse Philosophen zum Gegenstand ihrer „Wissenschaft“ – der Ontologie – und kreiden der „normalen“ Wissenschaft an, dass sie „...sich mit den besonderen Wirklichkeitsbereichen beschäftigt, - z.B. ... die Physik mit dem Materieellen..., ohne nach ihren Voraussetzungen zu fragen. Dieser mehr oder minder

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1

**Heuer ruft der DGB die Arbeiter und Angestellten mit einem sauberen Motto zu den Mai-Kundgebungen:**

**„Du bist mehr. Mehr als eine Nummer. Mehr als ein Kostenfaktor. Du hast Würde. Zeig sie!“**

1.

Die tröstliche Mitteilung, der arbeitende Mensch sei „mehr als ...“, unterschreibt, dass er **zuallererst und zweifellos die berühmte Nummer** in der Buchführung staatlicher und privater Stellen und **der fürs Kapital stets zu teure Kostenfaktor ist**. Im Trost, dass das nicht alles gewesen sein soll, geben die Kämpfer vom Deutschen Gewerkschaftsbund auch noch zu, dass, eine Nummer und ein Kostenfaktor in der Gewinnrechnung anderer zu sein, eine durch und durch beschissene Rolle ist. Das stimmt ja auch: Wenn der Lebensunterhalt der Lohnabhängigen für die Geschäfte der Firmen eine leidige Unkost ist, die den Gewinn beschränkt und gesenkt gehört, dann ist der Lebensunterhalt der Arbeitenden offensichtlich nicht der Zweck, für den in diesem Land gearbeitet und gewirtschaftet wird. So ganz nebenbei gibt der Maiaufruf die denkbar umfassendste Kritik

dieser Wirtschaftsweise zu Protokoll: Der Lohn – der Lebensunterhalt – der Arbeitskräfte ist die negative Größe der kapitalistischen Wirtschaft. Der Erfolg des Kapitals braucht niedrige Löhne. Also vertragen sich auch umgekehrt die Interessen der Arbeiterschaft nicht mit der Profitmacherei.

2.

Das alles soll halb so schlimm sein und gar nichts ausmachen, denn der Mensch ist, dem DGB zufolge, ja **nicht nur Kostenfaktor und Nummer**. Er ist außerdem ein menschliches Wesen mit einer Würde, zu deren Schutz sich unser Staat in seinem Grundgesetz verpflichtet hat – eine Verfassung, die ein paar Artikel weiter das Privateigentum schützt, und damit das Recht der Vermögenden, Arbeiter je nach ihrer Geschäftsrechnung in ihren Betrieben billig anzuwenden oder zu entlassen. Dass der

starken Naivität (!) gegenüber muss (!) die Philosophie darüber hinaus (!) fragen, ...sie muss grundsätzlich das Sein und das Seiende zu ihrem Thema machen.“ (Fischer-Lexikon Philosophie, Stichwort „Ontologie“)

Der Ontologe tut so, als habe er durch die bloße Tatsache, dass – z.B. – physikalische Gesetze überhaupt besondere Bestimmungen haben, die Berechtigung gewonnen, deren Erklärungsanspruch anzugreifen. Sein Argument dafür lautet, dass alle Gründe, die zur Erklärung von –z.B. – Naturphänomenen angeführt werden, sehr unsicher seien, weil davon abhängig, dass es die sie wiederum begründenden Gründe gibt. Dieses ontologische Argument ist

- erstens falsch, da die Leistung eines Grundes, die Notwendigkeit einer bestimmten Sache zu begründen, nicht im Mindesten davon beeinträchtigt wird, dass er selbst einen Grund hat - zweitens ein frecher Dogmatismus, da es der Wissenschaft zumutet, sie solle die von ihr geleistete Erkenntnis der Gründe ihrer Gegenstände bescheiden von der vorrangigen theoretischen „Existenzsicherung“ aller Gründe durch die Verankerung ihrer Notwendigkeit in einem „letzten“ bestimmungslosen Grund, über den man einfach nicht mehr hinausdenken können soll, abhängig machen. Der „Einwand“ gegen die Wissenschaft, dass

## 5. Geschichtsphilosophie Was darf ich hoffen?

Die Geschichtsphilosophie führt sich mit der befremdlichen Behauptung ein, dass der Erklärung geschichtlicher Vorgänge ohne die geschichtsphilosophische Betrachtung etwas abginge: nämlich ihre Voraussetzung. Nicht, dass sie etwas an der Geschichtswissenschaft zu kritisieren hätte, und schon gar nicht, dass sie sich selbst wissenschaftlich mit der Geschichte befassen würde. Sie will vielmehr in aller Bescheidenheit mit der Klärung dieser Voraussetzungen ein Resultat der Geschichtsbetrachtung – ohne diese Betrachtung angestellt zu haben – festlegen. Der diesbezügliche Schluss hat den Charakter eines Selbstbetrugs, der in die Wissenschaft Eingang gefunden hat: Hätte die Geschichte keinen Sinn und kein Ziel, so wäre alles sinnlos. Also – lautet der Beschluss – müssen wir einen Sinn hineinlesen, damit wir ihn nachher wieder herauslesen können. Dies die „moralische Verpflichtung“, die ein Geschichtsphilosoph sich und seinen Kollegen auferlegt, ohne dass ihn jemand darum gebeten hätte.

## 6. Naturphilosophie Die Frage „Wozu?“

„Von Seiten vieler Naturwissenschaftler heißt es, die Naturphilosophie sei nicht (mehr) nötig bzw. sinnvoll, da die modernen Naturwissenschaften ihre Rolle übernommen hätten. ... Dagegen lässt sich philosophisch zeigen, dass die Wirklichkeit nicht rein naturwissenschaftlich-mathematisch zu verstehen ist. ... Die Naturphilosophie dagegen arbeitet auf einer höheren Abstraktionsstufe, indem sie bis zum innersten Wesen sowie den Bedingungen der Möglichkeit (siehe Teil I!) des Natürlichen aufsteigt. Naturphilosophie bedeutet eine Rückführung auf allgemeinste Prinzipien und damit(!) eine ausdrückliche Bindung an die Metaphysik.“ (Wikipedia-Artikel „Naturphilosophie“)

Um Wissenschaft geht es also schon mal nicht. Die „Wirklichkeit“ verlangt nach einer weiteren Betrachtungsweise, die uns ihren höheren Sinn und Zweck erschließt – zumindest „lässt sich“ das philosophisch so „zeigen“. Also los:

„Der Mensch“ z.B. ist nicht etwa ein spezieller Fall von „Natur“ – beides schon reichlich dürre Abstraktionen -, sondern steht zugleich innerhalb und außerhalb derselben: „Dass das Bleiben in der Natur gegen die Natur ist, diese Paradoxie löst sich nur, wenn wir den Begriff der Natur teleologisch fassen und den Menschen als von Natur auf Überschreiten der Natur angelegtes Wesen verstehen.“ (R. Spaemann)

Schon falsch! Der Grund, aus dem der Philo-

jeder bestimmte Grund ein „nur“ bedingter sei, weil es ihn nicht gäbe, wenn sein eigener Grund nicht existierte, ist nicht nur dämlich, sondern muss es auch sein: Für das philosophische Ideal eines Grundes, der die Existenz der begründeten Sache nicht „nur“, insofern er existiert, sondern mit unbedingter, absoluter Notwendigkeit setzt, kann es kein richtiges Argument geben, denn dazu muss auch die Existenz des Grundes selbst unbedingt sein - womit an ihn die Anforderung gestellt ist, nicht nur die Sache, sondern auch sich selbst zu begründen: Dieses „Absolute“ ist das „Sein“, das sein eigener Grund ist (denn der „Grund“ einer bestimmungslosen Qualität kann selbst ja auch keine Bestimmungen aufweisen; da sich aber „reine Unbestimmtheiten“ nicht von einander unterscheiden, ist hier der Grund mit seinem Begründeten identisch).

Die logische Kategorie des Grundes wird auf diese Weise in eine moralische verwandelt: als von den Bestimmungen des jeweiligen Gegenstandes (der als bestimmter eben immer einen besonderen Grund hat) unabhängige positive Notwendigkeit für ihn, nicht als Erklärung, sondern als Daseinsberechtigung, wird sie zum Wert. Wenn es somit alles, was es gibt, aus gutem Grund gibt, ist alles gerechtfertigt, weil es es gibt.

Und der Nutzen dieser Veranstaltung ist ungeheuerlich: Klar ist, dass eben derselbe Standpunkt, den man der Geschichte zugeschrieben hat – in ihr erweist sich „der Mensch“ als ein „destruktives“ oder „vernunftbegabtes“ aber auch „Gott suchendes“ Wesen – bei dieser Betrachtungsweise der Geschichte als deren Zusammenhang auch wieder herauskommen muss. Jetzt hat dieser Standpunkt aber - den sie in der Wirklichkeit stets nur als „eigentlich“ aufzeigen können - die ganze Wucht der Geschichte hinter sich, braucht sich also nicht mehr des Idealismus verdächtigen zu lassen. So sind die hohen Ideale, denen immerzu die Realität abgeht, schon fast keine Fiktionen mehr, sondern – wenigstens in der Vorstellung des Geschichtsphilosophen – als das Movens der Geschichte wenn schon nicht verwirklicht, so doch wenigstens auf dem Wege ihrer Verwirklichung. Man darf also trotz aller Widrigkeiten auf die schönen Ideen hoffen – die Geschichte, entsprechend interpretiert, erlaubt es. Wenn das nicht tröstlich ist!

soph die Notwendigkeit eines teleologischen Verständnisses herleitet, setzt nämlich die teleologische Betrachtungsweise schon voraus: „Gegen“ die Natur kann man nur verstoßen, wenn ihr Zwecke immanent sind, ansonsten ist es ihr reichlich gleichgültig, was in ihr veranstaltet wird – „Natur“ bleibt sie allemal.

Aber sei's drum: Die Natur hat also den Menschen so „angelegt“, dass er sie überschreiten muss – was nicht heißen soll, dass der Mensch ein übernatürliches, immaterielles Wesen ist, er bleibt ein Teil von ihr. Gemeint ist: Der Mensch kann sich qua Denken aus seiner Naturverhaftetheit lösen, sich Zwecke setzen und sie realisieren. Der menschliche Geist bzw. Wille ist also die eigentliche Entgegensetzung zur „Natur“: zwar von ihr erschaffen, aber eben problematisch darin, dass er sich gegen die Absichten seiner Schöpferin wenden kann und wendet, anstatt zu begreifen, dass er dem Menschen verliehen wurde, damit der aus freien Stücken auf die Stimme seiner Herrin hören kann.

Und dazu hat der Philosoph umgekehrt das Subjekt „Natur“ erfunden: als ständigen Widerpart des Menschen nämlich, an dem dieser sich moralisch zu bewähren hat. Im Umgang mit der Natur ist eben nicht alles erlaubt, man hat Respekt vor ihr zu haben.

Um diesem Appell Nachdruck zu verleihen, scheut sich der Philosoph nicht, alle möglichen

Schäden, die infolge der kapitalistischen Geschäftstätigkeit an den natürlichen Quellen des Reichtums auftreten, zu zitieren. Aber nicht, um deren Ursachen herauszufinden und zu bekämpfen, sondern um dem Menschen vorzurechnen, dass er versagt hat, insofern er nicht dem Bild entspricht, das sich der Philosoph von ihm gemacht hat. Er hat die Jahrtausende alte „Symbiose von Mensch und Natur“ vergessen zugunsten einer „progressiven Herrschaft“. Und weil das böse ist, empfindet der Moralphilosoph kindische Freude bei seiner düsteren Prophezeiung: demnächst wird sie – falls wir uns nicht bessern – zurückschlagen und uns z.B. eine Klimakatastrophe bescheren.

Dass man die Natur gar nicht zerstören kann, weil auch ein ruiniertes Wald und eine verpestete Luft noch den Naturgesetzen gehorchen, braucht den Philosophen nicht zu stören, da er nicht gewillt ist, gegen die Ruinierung der Brauchbarkeit der Natur anzutreten. Er wollte ja nur ein Sittengemälde entwerfen, in dem der

Mensch eine ziemliche Sau ist, weil er sich nicht nach der Vorschrift richtet, die die Natur in „ihrem innersten Wesen“ darstellt.

Dass die dafür notwendige Konstruktion eines zwecksetzenden Natursubjekts der gleichen Logik gehorcht wie die bekannten Scherzfragen – „Wozu hat die Giraffe einen langen Hals?“ „Damit Kokosnuss...“ – stört den Philosophen nicht. Wenn er sich bei jedem Naturphänomen die Frage vorlegt „Wozu?“, also nach dem „eigentlichen“ Zweck der Natur fragt, ist das schon die Antwort: Sie hat einen Sinn und der Mensch soll sich danach richten.

So hat die Naturphilosophie ein bedenkenwertes Resultat: Sind die Naturvölker mangels Wissen den Naturmächten unterworfen, so erteilt diese moderne Wissenschaft den moralischen Auftrag, dass sich der Mensch den Naturmächten unterordnen muss. Wozu „Wissen“ alles taugen kann!

## 7. Moralphilosophie Was sollen wir tun?

Auch ein Philosophiestudent kommt zuweilen in eine Lage, in der er mit irgendwelchen Schwierigkeiten im Studium, im Job oder im Privatleben nicht mehr recht weiter weiß und einen Rat will. In so einem Fall käme er wohl nie auf die Idee, in eine Moralphilosophievorlesung zu gehen, denn keiner verwechselt das Thema der Veranstaltung „Was sollen wir tun?“ mit dem Angebot eines Lebensberaters. Auch verwechselt es niemand mit einer Informationsveranstaltung für gesetzesunkundige Menschen, die sich nach ihren Pflichten erkundigen – der Professor verbringt sogar einen Großteil seines Semesters damit, vor solchen Missverständnissen zu warnen. Praktische Probleme und deren Lösungen interessieren ihn nicht nur nicht, als „Klugheits“- oder „Zweckdenken“ können sie nicht oft genug zurückgewiesen werden. Ein zweckmäßiger Umgang mit der Welt gilt als einzige Verhinderung der Erfüllung dessen, was „wir“ tun sollen. Man fragt also, als sei dies eine Selbstverständlichkeit und Aufgabe der Wissenschaft, ganz prinzipiell nach Pflichten, die „der Mensch“ als solcher zu erfüllen habe – weswegen die Gesetze, die es wirklich gibt, schon mal ganz gut wegkommen: immerhin zügeln sie das „Eigeninteresse“ und es stellt sich bei ihnen nur die Frage, ob sie auch die „wahren“ Pflichten sind. Offensichtlich reicht es der Moralphilosophie

nicht, dass den Leuten per Gesetz eine ganze Menge auferlegt wird – sie begreift es als den Auftrag ihrer Wissenschaft zu beweisen, dass Pflichten allgemein vernünftig sind, dass Beschränkungen ganz jenseits allen Zwangs, mit dem sie in die Welt gesetzt werden, zum Menschen dazugehören, wenn nicht überhaupt seine „Natur“ - seine „eigentliche“, versteht sich – ausmachen.

Das Argument dafür heißt schlicht und einfach, dass man doch wohl nicht bestreiten könne, dass die Leute moralisch denken und handeln. – Das soll auch nicht bestritten werden, doch ist das Faktum der Moralität weder deren Erklärung noch ein Ausweis ihrer Vernünftigkeit.

Eine solche Veranstaltung sollte man also tunlichst nicht besuchen, denn

1. ist es wissenschaftlich gesehen ein Unsinn nachweisen zu wollen, dass der Mensch sich schadet, wenn er seinen Interessen nachgeht,
2. ziemlich arrogant, ständig darüber zu rechten, was die Leute zu tun und zu lassen haben und
3. sollte man sich lieber fragen, wieso man immerzu Geboten gehorchen muss und zusehen, dass man sie loswird, anstatt sich allerlei gute Gründe für sie auszudenken.

## Mehr? Texte zu aktuellen und lang schon aktuellen Themen

[www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Stuttgart: [www.gegenstandpunkt-s.de](http://www.gegenstandpunkt-s.de)  
Freiburg: [www.politischebildung.net](http://www.politischebildung.net)

[www.contradictio.de](http://www.contradictio.de)  
[www.gegeninformation.net](http://www.gegeninformation.net)  
[www.argudiss.de](http://www.argudiss.de)

**Jour Fixe**  
**in Tübingen und Freiburg**  
**Wer nun Interesse bekommen hat, sich mit einigen Argumenten näher auseinanderzusetzen, der ist eingeladen, an einem wöchentlichen Diskussionstermin teilzunehmen.**

**Tübingen**  
**Wir treffen uns jeden Dienstag um 19 Uhr im Nebenzimmer der Gaststätte Herzog Ulrich, Ulrich-/Ecke Christophstr.**

**Freiburg**  
**Wir treffen uns jeden Mittwoch um 19.30 Uhr im u-asta-Gebäude in der Belfortstraße 24, schräg gegenüber von der UB.**